

werden angenommen
in Bosen bei der Expedition
der Zeitung Wilhelmstr. 17.

Posener Zeitung
Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen

Nr. 137

Donnerstag, 23. Februar.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an den Sonntagen und Feiertagen folgen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für
ganze Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspalt über deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 22. Februar, 1 1/4 Uhr.
Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung.
Am Bundesratspräsidenten v. Bötticher u. A.
Präsident v. Levetzow: Ich muß zurückkommen auf einen
Ausdruck, der am Schluß der gestrigen Sitzung von einem Mit-
gliede des Hauses gebraucht worden ist, den ich überhört habe, den
ich aber jetzt aus dem Protokoll ersehe. Ein Mitglied des Hauses
nannte einen Reichsangehörigen, der die bürgerlichen Ehrenrechte
besitzt, jedenfalls nicht bestraft ist, einen „Massenmörder“. (Bewe-
gung.) Ich bestreite dem Mitgliede des Hauses durchaus nicht das
Recht, hier Thatsachen vorzubringen, die eine außerhalb des Hauses
stehende Person belasten, namentlich wenn die Thatsachen die Behauptungen des Redners unterstützen; aber ich glaube, daß man
gegen eine außerhalb des Hauses stehende Person kein Schimpfwort
gebrauchen darf. (Zustimmung.) Das scheint mir der Würde
des Reichstages nicht zu entsprechen und ein Mißbrauch der den
Abgeordneten zustehenden Redefreiheit zu sein. (Zustimmung.) Ich
möchte dies nur bemerken, damit für die Zukunft aus meinem
gestrigen Schweigen kein Präjudiz erwache. (Beifall.)

rogate vor Gericht geschleppt werden könne. Weshalb habe die
Regierung ihre oft versprochene Vorlage über das Verbot der
Surrogate nicht eingebracht?

Staatssekretär v. Malshahn: Falls durch die letzte Bemerkung
etwa die Regierung des Wortbruchs beschuldigt werden sollte, müßte
ich dem widersprechen. Die dem Reichstage vorgelegten früheren
Brausteuerentwürfen haben ein Surrogatverbot enthalten, aber der
Reichstag hat dasselbe abgelehnt. Die Herren haben jetzt Ge-
legenheit, in der Brausteuer-Kommission ihre Surrogatwünsche
geltend zu machen.

Abg. Möller (Dortmund) befürwortet Befreiung der kleinen
Brauereien vom Surrogatverbot oder geringere Besteuerung
derselben.

Abg. Rösike wandert sich über die rührende Fürsorge Meyers
für den Gebrauch von Surrogaten. Würde Herr Meyer wohl
einem Gesehe zustimmen, welches ihn verpflichtet, zeitweilig Surrogat-
bier zu trinken. Für die Zulassung von Malzsurrogaten könne er
nur dann stimmen, wenn das aus Surrogaten hergestellte Fa-
brikat einen anderen Namen bekomme und nicht als Bier verschenkt
werde.

Auf eine Anfrage der Abgg. Dr. Lingens und Fürst Sah-
feldt nach der Lebensfähigkeit der Choleraabazillen
erwidert

Staatssekretär v. Bötticher: Die Untersuchungen über die
Cholera in Hamburg und die Lebensfähigkeit des Seuchengiftes in
der Erde sind noch nicht abgeschlossen, indessen steht schon jetzt mit
Sicherheit fest, daß der Bazillus sich in der Erde nicht lange hält.
Bei den bisherigen Forschungen ist wenigstens kein lebender Bazillus
aufgefunden worden, er stirbt in der Erde bald ab. Das hängt
wohl damit zusammen, daß die Erde wie ein Filter wirkt. Die
Untersuchung der Gesundheitschädlichkeit der Abzöge hat wegen
der Choleraepidemien nicht durchgeführt werden können, soll aber im
Frühjahr vorgenommen werden.

Abg. Dr. Lingens zieht aus diesen Ausführungen des Staats-
sekretärs den Schluß, daß die Einführung der Leichenverbrennung
bei Epidemien aus hygienischen Gründen nicht verlangt werden
könne. Die Leichenverbrennung widerstrebe dem christlichen Ge-
fühl, und er könne nur seine Freude darüber ausdrücken, daß
man in Berlin dem Drängen der Leichenverbrenner nicht nachge-
geben habe.

Abg. Goldschmidt (dfr.) theilt als früherer Referent über
eine mit 23 000 Unterschriften versehene Petition auf Einführung
der Leichenverbrennung mit, daß beim preussischen Abgeordneten-
haus eine mit 15 000 Unterschriften versehene Petition um Ge-
staltung der fakultativen Leichenverbrennung bei Epidemien einge-
laufen sei. Er persönlich sei kein Freund der Feuerbestattung; er
zöge es vor, einst in kühler Erde zur Ruhe beizusetzt zu werden.
(Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Aber dagegen müsse er prote-
stieren, daß die Leichenverbrennung mit dem Christenthum oder dem
religiösen Gefühl in Verbindung gebracht werde.

Staatssekretär v. Bötticher konstatiert, daß die Reichsver-
waltung mit der Leichenverbrennung nichts zu thun habe; das Reich
begrabe Niemand und verbrenne Niemand. (Heiterkeit.)

Abg. Schröder (dfr.) befürwortet die Leichenverbrennung bei
Epidemien und sucht nachzuweisen, daß dies nicht unchristlich sei.
Präsident v. Levetzow bemerkt, daß das Reichsamt des Innern
mit der Leichenverbrennung nichts zu thun habe, und bittet die
folgenden Redner, dies zu beachten.)

Abg. Baumbach (dfr.) kann die Auffassung des Präsidenten
nicht theilen. Nach Artikel 4, Ziffer 15 gehöre zur Kompetenz des
Reichs auch die Medizinal- und Veterinärpolizei. Wenn demnach
das Reichsgesundheitsgesetz berathen werde, müsse auch die Leichenver-
brennung erörtert werden, und er werde bei dieser Gelegenheit die
fakultative Zulassung der Leichenverbrennung bei Epidemien bean-
tragen. Er zöge es im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen
Goldschmidt vor, sich verbrennen zu lassen. Diesen Schmerz könne
er dem Abg. Lingens nicht ersparen. (Heiterkeit.)

Abg. Frohme (Soz.) bekennt, daß die Leichenverbrennung
dem Christenthum widerstreite. Der Widerstand von Lingens und
Genossen werde durch die Macht der Thatsachen gebrochen werden.
Redner verlangt eine andere Organisation des Reichsgesundheits-
amts; die öffentliche Hygiene müsse als ein Theil der Sozial-
wissenschaft vom Reichsgesundheitsamt mehr gefördert werden.
Das beste Vorbeugungsmittel gegen Seuchen sei die Hebung der
Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter. So lange
hier nichts Durchgreifendes geschehe, werde das Choleraepidemie
nicht verschont werden. Es habe sogar den Anschein, als würden
wir demnach Schreckliches erleben, als vorigen Sommer in
Hamburg.

Abg. Dr. Endemann (natl.) bemerkt, der Kommabazillus
bestimmere sich um die Kompetenzbedenken zwischen Reich und
Einzelstaaten gar nicht. Redner verbietet sich über die Not-
wendigkeit der Desinfektion bei Choleraepidemien und hält die
obligatorische Leichenverbrennung bei diesen Epidemien für not-
wendig.

Abg. Dr. Lingens hebt hervor, daß weder der Gründer des
Christenthums noch ein Apostel verbrannt worden seien. Die Le-
ichenverbrennung sei nicht nur unchristlich, sondern erschwere auch,
z. B. bei Vergiftungen, die Entdeckungen von Verbrechen.

Abg. Dr. Vangerhans (dfr.) protestirt als Protestant dage-
gen, daß der Vorredner im Namen des Christenthums gegen die
Leichenverbrennung eifere, obgleich dieselbe nirgends ein Geleiz ver-
biete, und nur das Herkommen gegen sie spreche. Sollte die Cho-
lera nach Berlin kommen, so werde man es bedauern, keine Maß-
regel zur Verbrennung der Leichen geschaffen zu haben.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt nochmals, daß das Reich
weder Staat noch Gemeinden zwingen könne, Leichenverbrennungs-
öfen zu errichten. Amtlich sei er bisher der Frage der Leichen-
verbrennung nicht näher getreten, halte dieselbe aber weder auf
dem platten Lande, noch auch in allen Städten für durchführbar.
Bei Epidemien würden zudem die gewöhnlichen Leichenverbrennungs-
öfen bei vielen Leichen nicht ausreichen. Jedenfalls biete selbst
die praktische Durchführung der Sache große Schwierigkeiten. Dem
Abg. Frohme müsse er bemerken, daß das Reichsgesundheitsamt

keine Exekutivbehörde sei, sondern eine dem Reichsamt des Innern
untergeordnete, begutachtende Behörde.

Abg. Mehger (Sozial.) sucht sich über die schlechten Trink-
wasserhältnisse Hamburgs zu verbreiten, wird aber vom Präsi-
denten zur Sache gerufen, worauf Redner erklärt, demnachst bei
der Berathung des Reichsseuchengesetzes auf die Trinkwasserfrage
und die Choleraepidemie in Hamburg zurückkommen zu wollen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Buhl (nl.) erwidert Staats-
sekretär v. Malshahn, daß zum Bericht mit italienischen
Weinen allerdings nur solche deutsche Weine zulässig seien, die
den Anforderungen des Weingesetzes vom 20. April v. Js. ent-
sprechen.

Hierauf wird die Berathung auf morgen 1 Uhr vertagt.
Außerdem steht die dritte Berathung des Handelsvertrages mit
Aegypten auf der Tagesordnung. Schluß nach 5 Uhr

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung vom 22. Februar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Ein Antrag des Abg. Graf von Limburg-Stirum
auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Frhr.
v. Hammerstein wird angenommen.

Darauf wird die Berathung des Kultusetats fortgesetzt.
Abg. v. Christen (freil.) bittet um Verstaatlichung des Real-
gymnasiums zu Schwege, da der durch anderweitige Verpflich-
tungen überlasteten Stadt die Unterhaltung der Anstalt sehr
schwer falle.

Kultusminister Dr. Boffe: Es ist noch kein Antrag auf Ver-
staatlichung gestellt. Wenn dies der Fall sein wird, so werde ich
die Sache in Erwägung ziehen und mit dem Finanzminister in
Verbindung treten.

Abg. Gasse (Zentr.) beschwert sich darüber, daß die Ten-
denz dahin gehe, das Gymnasium zu Konitz zu einem evange-
lischen zu machen. Ferner beklagt Redner die Ueberfüllung der
Klassen.

Kultusminister Dr. Boffe bestrittet, daß die vom Vorredner
behauptete Tendenz vorhanden sei. Da aber etwa die Hälfte der
Schüler evangelisch sei, so müßten doch auch einige evangelische
Lehrer angestellt werden. Der Ueberfüllung der Klassen werde
vielleicht durch Einrichtung von Parallelklassen abgeholfen werden
können.

Abg. Zimwalle (Zentr.) wendet sich gegen die Forderung der
Regierung, das Realgymnasium zu Erzer zu verstaatlichen, da hier-
für kein stichhaltiger Grund vorhanden sei. Die Frequenz der An-
stalt sei nur gering, und es liege die Gefahr nahe, daß sie in eine
Nichtvollanstalt verandert werde.

Geb. Rath Stauder führt dagegen aus, daß die Schülerfre-
quenz der Anstalt durchaus nicht schlecht sei und daß gar nicht die
Absicht vorliege, aus dem Realgymnasium eine Nichtvollanstalt zu
machen.

Abg. Dabach (Ztr.) beklagt, daß an den höheren Lehranstal-
ten in den östlichen Landestheilen mit gemischt konfessioneller Be-
völkerung die Parität verletz werde, da mehr evangelische als
katholische Lehrer im Verhältnis zu der Schülerzahl aus der betref-
fenden Konfession vorhanden seien. Dies sei der Fall z. B. in
Tremesen, Kempen, Kafel, Kraustadt.

Minister Dr. Boffe: Das Provinzialschulkollegium hat sich
bemüht, die Imparität möglichst zu beseitigen. Nach kleinlichen
Rechnengepöhl kann nicht vorgegangen werden, da die Schüler-
frequenz wechselt.

Geheimrath Schneider weist zahlenmäßig nach, daß von
einer Imparität nicht die Rede sein könne.

Abg. Schmelzer (nl.) weist gegenüber dem Abg. Dabach
darauf hin, daß selbst an rein evangelischen Anstalten katholische
Lehrer in großer Zahl angestellt seien. So sei z. B. in Wiesbaden,
dessen Gymnasium unter 450 Schülern nur 70 katholische besuchten,
der Direktor ein Katholik.

Abg. Sombart (nl.) wünscht eine Aenderung der Gewerbe-
schulen dahin, daß die wissenschaftliche von der technischen Aus-
bildung getrennt wird. Es müßten rein technische Anstalten ein-
gerichtet werden, die dem Handelsministerium zu unterstellen seien.
Bis jetzt gebe es erst eine einzige solche Anstalt.

Geheimrath Wehrenpfennig: Die Verwaltung hält es für
ein dringendes Bedürfnis, die Zahl der erwähnten Anstalten erheblich
zu vermehren. Das wird auch geschehen, sobald das Handels-
ministerium über die nötigen Mittel verfügt.

Abg. Ludowig (nl.): Im Lande ist vielfach die Ansicht ver-
breitet, daß die Regierung die Zuschüsse zu den höheren Schulen
verkürzen oder ganz beseitigen wolle. Die Provinzialschulkollegien
halten eine Umfrage, wie weit die Steuerreform die finanzielle
Stellung der Städte beeinflusse. Das läßt darauf schließen, daß
die Regierung mit der einen Hand nehmen wolle, was sie mit der
anderen gegeben hat.

Geb. Rath Germer erklärt, diese Nachricht beruhe auf einem
Irrthum. Eine Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse müsse
natürlich in jedem einzelnen Falle stattfinden.

Abg. Tschöke (nl.) führt Beschwerde, daß die Bestimmungen
des Normalstatuts bezüglich der remuneratorisch beschäftigten Hilfs-
lehrer in keiner Anstalt Schlesiens zur Durchführung gekommen
seien.

Geb. Rath Vohs: Seitens des Ministers ist eine generelle
Verfügung erlassen. Ich muß annehmen, daß sie auch in Schlesien
befolgt wird.

Abg. Everlich (Ztr.) fragt an, ob nicht die Dienstalterszulage
von 900 M. gewährt werden möchte nach der Zeit, in welcher der
Lehrer sein Oberlehrerexamen gemacht habe, ohne daß ihre Gewährung
vom Dienstalter abhängig gemacht werde.

Geheimrath Vohs: Der erwähnte Gesichtspunkt ist der Re-
gierung noch nicht näher getreten. Ich vermag die Wirkungen einer
solchen Einrichtung nicht zu übersehen, kann mich also dazu noch
nicht äußern.

Abg. Knörcke (dfr.): Das bestehende System hinsichtlich der
Hilfslehrer läßt sich nicht weiter aufrecht erhalten. Für die Beseiti-

gung dieser Mißstände muß eine größere Summe in den Etat eingestellt werden. Heute werden den Hilfslehrern nicht einmal die Umzugskosten ersetzt.

Geheimrath Stauder: Die eingestellte Summe von 30 000 M. für Beförderung der Lage der Hilfslehrer ist nicht die einzige Maßnahme. Es sind eine Reihe neuer Stellen geschaffen. Die Uebelstände rühren hauptsächlich daher, daß wir andere Qualifikationen verlangen. Wir brauchen nicht so viel Altpädagogen wie Naturwissenschaftler. Außerdem sind die Verhältnisse der Hilfslehrer durch ministerielle Verfügung geregelt.

Abg. Brömel (Hf.) bringt die Verzögerung in der Ausführung des Normalstatuts zur Sprache. Besonders leiden darunter die Lehrer am Marienstiftsgymnasium in Stettin. Das Stiftsvermögen würde zur Deckung der Aufwendungen ausreichen, wenn das Stift nicht auch für das König Wilhelmsgymnasium eine bestimmte Summe abgeben müßte. Der Minister möge für diese Anstalt den Normalstatut zur Durchführung bringen.

Geheimrath Vohs nimmt an, daß der Marienstiftsfonds ausreichen werde, den Normalstatut durchzuführen.

Abg. Richter (Hf.) bittet den Minister, für eine bessere Stellung der Lehrer in der Beamtenhierarchie zu sorgen.

Abg. Schode (nl.) macht darauf aufmerksam, daß von den 1069 Hilfslehrern nur 480 etatsmäßig beschäftigt seien. Deshalb sei die Ausweitung von 30 000 Mark für die Umwandlung der außeretatmäßigen in etatsmäßige Hilfslehrerstellen nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Abg. Böttinger (nl.) bedauert, daß den Wünschen der ordentlichen Seminarlehrer nicht Rechnung getragen sei. Diese verlangten ein Minimalgehalt von 2000 M., steigend bis 3600 Mark. Sehr bedauerlich sei es, daß die Elementarlehrer in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern von den staatlichen Alterszulagen ausgeschlossen seien.

Geheimrath Germer: Die Regierung würde sich freuen, den ordentlichen Seminarlehrern ein Minimalgehalt von 2000 M. zubilligen zu können. Allein die Finanzlage gestattet es zur Zeit nicht.

Abg. Frhr. v. Seerevan (Str.) lenkt die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf den katholischen Lehrerverein. Dieser verfolge durchaus anerkanntswürdige Ziele. Trotzdem scheine es, als ob die Lehrer, welche Mitglieder dieses Vereins seien, bei den Behörden mißliebiger seien. Er bitte deshalb den Minister um eine Direktive, nach welcher sich die untergeordneten Instanzen zu richten hätten. (Beifall im Centrum.)

Minister Dr. Bosse: Ich erkenne an, daß, was den evangelischen Lehrern recht ist, den katholischen Lehrern billig sein muß. (Beifall im Centrum.) Ich habe nicht die Absicht, ihnen etwas in den Weg zu legen, oder sie gar zu benachteiligen. Ich glaube nicht, daß es noch einer Direktive bedarf. (Widerspruch im Centrum.) Sollte es noch einer Direktive bedürfen, so ist meine Rede wohl genug Direktive. (Beifall im Centrum.)

Alsdann wird die weitere Berathung vertagt.

Präsident v. Köller: Wir haben noch so bedeutende und umfangreiche Vorlagen zu erledigen, daß wir damit kaum bis Pfingsten fertig werden können. Wollen wir fertig werden, dann müssen wir den Etat bis Ostern und den Kultusetat noch in dieser Woche erledigen. Ich werde ihnen deshalb von morgen an Abendstunden vorschlagen. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 22. Febr. Mit großer Geduld und in den denkbar höflichsten Formen nimmt Herr Bosse Tag für Tag die oft kleinlichen und in jedem Falle verstimmenden Beschwerden des Centrums zum Kultusetat entgegen. Heute war es die angeblich mangelnde Parität in der Besetzung der Lehrstellen an den Gymnasien, über die die Centrumsredner sich breit und anscheinend gereizt ausließen. Es ist mit ihrem Mergel wohl aber nicht ganz so schlimm, wie sie thun, und nur die untergeordneten Kräfte der Partei werden zur Anbringung dieser Klagen vorgezogen. Das minutiöse Nachrechnen von katholischen und evangelischen Gymnasiallehrern, und ob nur ja überall das Verhältniß entsprechend der konfessionellen Scheidung der Schulkinder gewahrt bleibt, dies tüftelige

Fußspüren von kleinen und kleinsten Nebendingen hat das Abgeordnetenhaus mehr als eine Stunde lang über sich ergehen lassen müssen. Selbsterständlich ist gar nichts dabei herausgekommen. Der Kultusminister ist bei jeder Einzelklage, ob sie nun von Polen oder von Centrumsabgeordneten kam, in der Lage gewesen, die Grundlosigkeit nachzuweisen, und zuletzt sprach das erlösende Wort der Abgeordnete Schmelzer, indem er es für ganz und gar kein Unglück erklärte, wenn die Parität der Lehrstellen nicht gewahrt werde. Namentlich betonte der Redner, daß es Gymnasien giebt, wo die Mehrzahl der Schüler evangelisch, der Direktor und verschiedene Lehrer aber katholisch sind (so in Wiesbaden), ohne daß das zu Unzuträglichkeiten geführt hätte. Sehr richtig. Und dabei sollte es auch sein Bewenden behalten; das sollte auch der Kultusminister dem Centrum gesagt haben oder noch sagen, während er es vorgezogen hat, die Centrumswünsche gewissermaßen zu unterschreiben und nur im Einzelnen ihre Begründetheit zu bestritten.

— Am Mittwoch Vormittag hat der Kaiser eine Deputation der Agrarier in Audienz empfangen. Der „Reichsanzeiger“ verleiht diesem Empfang durch einen ausführlichen Bericht im nichtamtlichen Theil eine besondere Wichtigkeit. Die Deputation bestand aus den Herren v. Below-Saleske, v. Lösewitz, Seydel, Justizrath Reich, von Puttkamer-Plauth, Sasse, v. Arnim-Güterberg als Vertreter pommerischer, ostpreussischer, westpreussischer, polenscher und brandenburgischer Centralvereine der Landwirtschaft. Ein schlesischer Vertreter war verhindert. Herr v. Below-Saleske überreichte eine Denkschrift. Was in derselben enthalten ist, theilt der „Reichsanzeiger“ nicht mit. Herr v. Below fügte dieser Uebergabe Folgendes hinzu:

„Wir kommen in schwerer Sorge wegen des Niedergangs wie wegen der Zukunft unseres landwirtschaftlichen Gewerbes, um uns ehrsüchtigst an Eurer Majestät landesväterliches Herz unmittelbar zu wenden. Unsere allerunterthänigste Bitte geht dahin, die von uns in einer Denkschrift näher bezeichnete Sachlage huldvollst zu prüfen und unserer Wünsche mit einem machtbollen königswürdigen Sich Allernädigt annehmen zu wollen, wie dieses von Eurer Majestät Durchlauchtigsten Vorfahren glorreichen Angebens zum Segen des Landes wiederholt geschehen ist.“

Der Kaiser antwortete darauf nach dem „Reichsanz.“ Nachstehendes:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie zu mir gekommen sind und sich unmittelbar an Ihren Landesvater wenden. Wie mein unablässiges Streben auf das Wohl meines Landes gerichtet ist, so ist es auch mein Wunsch und Wille, den Schwierigkeiten und Sorgen abzuhelfen, mit welchen die Landwirtschaft, zumal in den östlichen Provinzen, zu kämpfen hat. Die Mittel und Wege, welche hierzu einzuschlagen, sind mannigfacher Art und schwieriger Natur. Nur einer längeren Zeit wird es, auch bei voller Hingabe meiner Regierung an die gestellte Aufgabe, gelingen, dem angestrebten Ziele näher zu kommen. Dazu bedarf es vor allem des Friedens, zu dessen Erhaltung auch Sie beitragen können, indem Sie für die Stärkung unserer Wehrkraft eintreten. Die Wünsche, welche Sie mir vortragen, werden von meiner Regierung eingehend geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Je mehr dies geschehen und das Gedeihen der Landwirtschaft gefördert werden kann, desto größer wird meine Befriedigung sein, da die Landwirtschaft und die ackerbauertreibende Bevölkerung mir besonders am Herzen liegen. Ich erblicke gleich meinen Vorfahren in ihr, wie ich vor drei Jahren in Königsberg auf dem Feste der Provinz ausgesprochen habe, eine Säule des Königthums, die zu erhalten und zu festigen mir Pflicht und Freude ist, und ich vertraue zuversichtlich, daß sie sich als solche in alter Treue allezeit bewähren wird.“

Dortmund, 22. Febr. Die hiesige Strafkammer verurtheilte heute den ehemaligen Bergmann und langjährigen Führer der Bergarbeiter Fritz Bunte wegen indirekter Aufforderung zum Aus-

stand in Bergarbeiter-Versammlungen zu Dortmund, Essen und Dortmund zu einjährigem Gefängniß Bunte wurde wegen Flichtverdachts sofort verhaftet.

Weimar, 20. Febr. Die Bürgerschaft unserer vornehmen Residenzstadt befindet sich gegenwärtig in großer Aufregung, und hat leider durch einen Vorfall, der wohl einzig im deutschen Reich dastehen dürfte, allen Grund dazu. In der Sitzung des Gemeinderathes am Freitag sind dem Oberbürgermeister der Stadt, Oberbürgermeister Geh. Regierungsrath Babs, von einem Mitgliede der Versammlung Dr. Freigen angeboten worden. Der Anlaß war, wie der „Saale Ztg.“ berichtet wird, ein ganz geringfügiger. Es wurde über einen Ausschußantrag berathen, wonach einige größere Illuminationskörper, die gelegentlich des goldenen Hochzeitsfestes des großherzoglichen Paars auf Antrag des Oberbürgermeisters von der städtischen Gasanstalt beschafft worden waren, künftig als Vermögenstücke der Gasanstalt in dieser verbleiben bzw. aufbewahrt werden sollten. Hierbei nahm der Gemeindevertreter Groch Gelegenheit, von „Ungehörigkeiten“ zu sprechen, die er als Mitglied der Gas- und Wasserwerkstommmission bemerkt habe. Der Oberbürgermeister, der als solcher auch Direktor der Gasanstalt ist, wies verlegt die Vorwürfe zurück, legte dar, wie bei den von Herrn Groch angeführten Dingen durchaus nicht von Ungehörigkeiten die Rede sein könne, und fügte hinzu, daß dagegen Herr Groch fortwährend mit „Spitzen“ und ungerechtfertigten Angriffen gegen ihn, den Oberbürgermeister, am Blase sei. Herr Groch blieb darauf bei seiner Behauptung von Ungehörigkeiten stehen und bemerkte, daß er sich verpflichtet fühle, als Vertreter der Stadt Dinge, die ihm nicht richtig erschienen, zur Sprache zu bringen, und daß er sich in Erfüllung dieser Pflicht wieder vor einem Nachwächter noch sonst wem fürchte. Nun sprach der Oberbürgermeister erregt von seinem Blase auf, um zu erklären, daß er seitens des Herrn Groch nur immer persönlichen Gehässigkeiten und Grobheiten begegne. Herr Groch erhob sich ebenfalls von seinem Sitze, forderte Schutz vom Vorsitzenden gegen solche Aeußerungen, und als der Vorsitzende, Kommerzienrath Döllnitz, erklärte, daß beide Herren über die städtischen Grenzen hinausgegangen seien, rief er: „Nun, dann bleibt einem nichts weiter übrig, als dem Betreffenden ein Paar Ohrfeigen zu geben!“ Bald darauf verließ er unter allgemeiner Verblüffung die Sitzung und auch der Oberbürgermeister entfernte sich bald nachher. Später beschloß die Versammlung einstimmig auf Antrag des Vorsitzenden, eine Erklärung zu Protokoll zu nehmen, dahin gehend, daß der Oberbürgermeister zwar ebenfalls die Grenzen der Sachlichkeit, Herr Groch aber die Grenzen parlamentarischen Anstandes und parlamentarischer Sitte überschritten habe. Heute nun hat Oberbürgermeister Babs sein Entlassungsgesuch eingereicht. Wie es heißt, besteht er darauf, auszuscheiden, wenn Herr Groch Mitglied des Gemeinderathes bleibt. Er soll auch auf das Bestimmteste erklärt haben, seiner Sitzung mehr beizuhören zu wollen, in der Herr Groch anwesend ist. Die Stadt befindet sich dadurch in schwieriger Lage, deren Lösung möglicherweise, falls nicht Herr Groch freiwillig sein Amt niederlegt, nur durch Auflösung des Gemeinderathes bewirkt werden kann. Dem Vernehmen nach hat der Oberbürgermeister auch bereits seine vorgelegte Behörde, den Bezirksdirektor, ersucht, Strafantrag gegen Herrn Groch zu stellen.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 21. Febr. Der Bericht über die Thätigkeit des Reichskommissars für das Auswanderungswesen 1892 ist dem Reichstage zugegangen. Die Zahlen der Auswanderer sind bereits bekannt. Dem Bericht selbst entnehmen wir folgende Stellen:

Die Auswandererbeförderung über die deutschen Häfen Bremen, Hamburg und Stettin nahm im ersten Theile des verfloffenen Jahres wiederum einen so großen Umfang an, daß es den Anschein hatte, als ob die bisher höchste Zahl der über diese Häfen beförderten Auswanderer, die des Jahres 1891, erreicht, wenn nicht gar überschritten werden sollte. So waren über Hamburg in der Zeit von Januar bis August bereits 103 059 Personen befördert worden, etwa eben so viel wie in derselben Zeit im Jahre 1891. Ueber Bremen wurden 1891 in den ersten 8 Monaten 100 217, im Jahre 1892 in

Kleines Feuilleton.

† **Münchener Theater.** Von der seit der Direktionsführung Ernst Bosjarts eingeführten Neuerung, sogenannte Ehrengastspiele an den Münchener Hofbühnen zuzulassen, profitirte im Schauspiel zunächst Friedrich Haase. In neun Abenden trat er in seinen hauptsächlich bekannten Rollen sowohl im Hof- wie im Residenz-Theater, und zwar in einem ihm ebenbürtigen Ensemble auf, während er bisher gezwungen war, hier in den für das feinere Salonstück nicht geschaffenen Theater am Gärtnerplatz zu wirken. Haases Erfolge wurden namentlich wieder in jenen Rollen erzielt, wo er als Meister der Kleindarstellungskunst fast unerreicht ist; nur schade, daß sein Repertoir gar keine Veränderung mehr erfahren will. — Friedrich Mitterwurzer, der ausnahmsweise einmal früher am Hoftheater zu einem Gastspiel zugelassen wurde, hat nun den umgekehrten Weg von Haase betreten und gastirt jetzt am Gärtnerplatz-Theater in den für München neuen Stücken „Kollege Prampton“ von Gerhart Hauptmann und „Der Todtschläger“ von Bolla. Die brutale Wache des letzteren Stückes würde sicherlich hier abgelehnt worden sein, wenn nicht Mitterwurzer's virtuose Darstellungstechnik alle ästhetischen Einwände besiegt hätte; weltaus besser gefiel „Kollege Prampton“, wiewohl auch der Erfolg nicht ganz unbefristet blieb. — Dagegen erfuhr Wildenbruch's „Meister Balzer“, welcher im Residenz-Theater zum ersten Mal gegeben wurde, eine entschiedene Zurückweisung, obwohl die Darstellung nichts zu wünschen übrig ließ. — Das Wagniß, die Schiller'sche Wallenstein-Trilogie an einem Tage aufzuführen („Wallenstein's Lager“ und „die Piccolomini“) wurden von Nachmittags 2 bis 1/2 Uhr, „Wallenstein's Tod“ von Abends 7 bis 1/2 Uhr gegeben) ist jedenfalls für die Theaterkasse gut ausgefallen, denn das Haus war total ausverkauft. Dem bisherigen Generalintendanten der Münchener Hoftheater, Freiherrn von Bersold, wurde eine kunstvoll ausgeführte Dankadresse der dortigen städtischen Kollegien überreicht.

† **Augustine Brohan,** die einst so berühmte Künstlerin des Théâtre Français, ist nach langer Krankheit in Paris in ihrer dortigen Wohnung gestorben. Sie war 1824 geboren und hatte von der Pike, von der Soubrette aufwärts, eine Anzahl der glanzvollsten Rollen im Hause Mollières in einer Weise ausgefüllt, die nie übertroffen wurde und noch heute unergessen ist. Der weiland belgische Geliebte de Ghast hat sie schließlich geheiratet und der Bühne entführt. Interessant ist folgende Episode aus dem Leben der gelehrten Künstlerin: Ihre Mutter, ebenfalls als vorzügliche

Schauspielerin bekannt, bestimmte sie, sowie ihre mehr ob ihrer Schönheit, als wegen ihres Talents bewunderte Schwester Mabeleine für das Theater und gab ihr Samson von der Comédie française zum Lehrer. Augustine zeigte aber eine große Abneigung gegen die Bühne. Man sagt, daß sie dieselbe, ungeachtet ihrer bedeutenden Erfolge, stets bewahrt habe. Einer ihrer Biographen erzählt hierüber folgende Anekdote: Eines Tages sagte Samson in seiner Unterrichtsstunde im Konservatorium: „Augustine, Sie werden bald an der Preisbewerbung theilzunehmen haben; sagen Sie Ihre Rolle her!“ Augustine erhebt sich mit verdrießlicher Miene und nähert sich dem Katheder. „Was für eine Haltung!“ ruft der Professor. „Sie sehen ja wie ein Junge aus. Was haben Sie denn in der Tasche?“ — „Nichts“, antwortet das Mädchen verlegen. — „Wieso nichts! Ihre Taschen sind ja vollgepfropft.“ Und Samson giebt dem jungen Berton, dem späteren Schauspieler des Vaudeville, der neben Augustine stand, einen Wink, und Berton zieht aus den Taschen der angebenden Schauspielerin 14 als Nonnen gekleidete Puppen hervor. Die ganze Klasse bricht in Gelächter aus, und Samson jagt strenge: „Sie haben keinen Verus für das Theater, mein Fräulein; ich werde Sie aus meiner Klasse ausschließen.“ Er bejammert sich jedoch eines Anderen, und am folgenden Tage saate Augustine ihre Rolle sehr gut her. „Vortrefflich“, erklärte der Professor, „diesmal haben Sie gearbeitet.“ Und dabei sah er das Buch an, welches Augustine in der Hand hielt, in der Vermuthung, es sei ein Band von Mollières. Es war aber die „Nachfolge Christi.“ „Dies ist denn doch zu stark!“ rief Samson, und befahl dem Mädchen, die Klasse zu verlassen. Cherubini, der Direktor des Konservatoriums, konnte den Erzurten nur mit Mühe bewegen, die fromme Schülerin wieder aufzunehmen. Im folgenden Jahre trug die vierzehnjährige Augustine bei der Prüfung den ersten Preis davon; aber da die Mutter sie in der Comédie française auftreten lassen wollte, flüchtete sie sich in ein Kloster der Rue du Bac. Erst nach langem Widerstreben fügte sie sich dem mütterlichen Wunsche. Noch nicht 15 Jahre alt debütierte sie im Théâtre français als Dorine im „Tartuffe“ mit solchem Erfolge, daß sie noch am selben Abend mit 3000 Fres. engagirt wurde. Bald wurde sie die pikanteste Darstellerin Mollières' Charaktere. Bei aller Neigung zum Klosterleben war jedoch Augustine sehr heiterer Gemüthsart, und ihre geistreichen, lebhaften Ausfälle sind in dem Theater Mollières berühmt geblieben. Sie gehörte der Comédie von 1841 bis zu ihrer Heirath im Jahre 1868 an.

† **Ungalante Franzosen.** Aus Paris, 19. d. Mts. schreibt man: Eine Schaar Studirender hat sich gestern in der Sorbonne durch eine grobartige Nimmerei herbeigekhan. Diese Jünglinge machten es nicht leiden, daß die Vorlesungen des Professors Larroumet, früheren Direktors der Schönen Künste, über die Geschichte

des Romantismus in Frankreich sehr zahlreich von Damen besucht werden. Larroumet hatte deshalb schon Vorwürfe von den Studirenden erhalten und ihnen geantwortet, er könne es nicht hindern, daß die Damen seinen öffentlichen Vorlesungen beiwohnten. Darübrachten die Studirenden an ihn das Gefühl, er sollte ihnen einige Bänke ganz reserviren lassen, und als sie einen abschlägigen Bescheid erhielten, wurde eine Verchwörung angesetzt. Es heißt, einige Fräuleins hätten sich daran betheilig, die man im Quartier Latin als „étudiantes“ kennt, aber keine Studirenden, sondern nur die Kneipfreundinnen von Studenten sind. So erklärt sich die Rohheit, mit der Mütter und Töchter im Saale empfangen wurden, als sie zur gewohnten Stunde ihre Plätze einnehmen wollten. Gemeine Schimpfworte schwirrten ihnen um die Köpfe und trieben sie wieder ins Freie, wo die Gamins des Quartiers den Studenten in die Hände arbeiteten, an den harrenden Equipagen und Fiaker rüttelten, die Kutscher belästigten und die verstörten Frauen auslachten. Drinnen redeten Herr Larroumet und der Defan den jungen Leuten ins Gewissen, aber es half nichts, sie schrien wie toll, und der Professor mußte sich unverrichteter Dinge zurückziehen. Zum Zeichen, daß man ihm nicht große, sondern ihn nur nicht mit einer weiblischen Zuhörerschaft theilen möchte, wurde, als er sich entfernte, ein Mal über das andere „Vive Larroumet!“ geschrien. Damit dürfte der Handel noch nicht erledigt sein.

† **Der Fürst von Monaco,** dessen Interesse für die Meeres- und Wetterkunde bekannt ist, hat die Seekrauten eingeladen, nach Monaco Delegation zur Besprechung über die Gründung meteorologischer Observatorien im Atlantischen Ozean zu senden. Als Stationen sind die Azoren, die Cap Verde-Inseln, die Canarien- und die Bermudas-Inseln in Aussicht genommen, die jetzt telegraphisch mit Europa in Verbindung stehen. Der Vorschlag des Fürsten geht dahin, auf diesen Inseln je zwei Observatorien, das eine nahe dem Meeresstrande, das andere auf dem erreichbar höchsten Punkte, zu errichten. Jede Station erhält einen Observator und einen Assistenten, deren Aufgabe es ist, mittels selbstregulirender Apparate ununterbrochene Aufzeichnungen des Luftdrucks, der Temperatur, der Feuchtigkeit, des Windes und der Bewölkung auszuführen. Solche Beobachtungen sind für die Theorie der Luftzirkulation von größter Wichtigkeit, besonders würde eine Hochstation auf dem Pic da Teide die wertvollsten meteorologischen Daten liefern können. Auch die sogenannten Sturmwarnungen würden durch tägliche telegraphische Meldungen von den bezeichneten Inseln großen Nutzen haben, obgleich man letztere zunächst nicht allzu hoch veranlagten darf, weil der mittlere Theil des Atlantischen Ozeans völlig infellos ist und auf dieser ungeheuren Fläche rasche und vielfache Veränderungen der atmosphärischen Druckvertheilung zu erfolgen pflegen. (Ein recht gefährlicher Boden für die Mitglieder dieser gelehrten Konferenz!)

derselben Zeit aber etwa 101700 Personen befördert. Der Ausbruch der Choleraepidemie in Hamburg schnitt indes zunächst an diesem Hafenplatz die Auswandererbeförderung ganz ab und beeinträchtigte auch die über Bremen und Stettin. Ueber Hamburg wurden im Anfang des September etwa noch 1000 Personen befördert, ehe die Beförderung völlig aufhörte. Als im Beginn des Sommers sich die Cholera in Rußland zeigte, richtete die Hamburg-Amerikanische Packetschiff-Aktien-Gesellschaft an den Senat das Gesuch, ihr die Errichtung einer großen Barade am Amerika-Kai zu gestatten, um dort die meist jüdischen Auswanderer aus Rußland unterzubringen, da deren freier Verkehr mit der Stadt gefahrbringend werden könne. Nach erfolgter Genehmigung dieses Gesuches wurde der Bau sofort in Angriff genommen und derart gefördert, daß die Barade bereits am 20. Juli in Benutzung genommen werden konnte. Die in Hamburg einreisenden Trupps russischer Auswanderer wurden seitdem, ohne die Stadt zu berühren, vom Bahnhof direkt in die Barade gebracht. Hier wurden zunächst in einem bedeckten Raum die Namen festgesetzt und die sonst erforderlichen Formalitäten erfüllt. Darauf gelangten die Auswanderer in kleinen Abtheilungen, Männer und Frauen getrennt, in ein neben der Barade liegendes Gebäude, in dem sich zwei mit Badewannen und Desinfektions-Einrichtung ausgestattete Räume befanden. Jede Person mußte hier ein warmes Bad nehmen und sich mit grüner Seife gründlich reinigen, während ihre Kleider und sonstigen Effecten mit Dampf desinficirt und im Ofen getrocknet wurden. Einer Einschleppung der Cholera war hiernach, soweit möglich, vorgebeugt. Während der Choleraepidemie wurde die Beförderung von Zwischendeck-Passagieren in allen deutschen Auswanderungshäfen eingestellt. Um den Kajüten-Passagieren die Gelegenheit zur Ueberfahrt nicht zu nehmen, ließ die Hamburg-Amerikanische Packetschiff-Aktien-Gesellschaft ihre Schnelldampfer die Reisen zwischen Europa und Newyork in Southampton antreten und ebendasselbst beenden. Im Monat September wurde in Hamburg die Landung zurückkehrender russischer Auswanderer verboten und das Verbot den Agenten der Dampferlinien im Auslande bekannt gegeben. Es blieb bis zum 17. November in Kraft. Entsprechende Landungsverbote ergingen in den übrigen in Betracht kommenden deutschen Häfen. Auch wurden die Grenzen an den Niederlanden und Belgien gegen solche Rückwanderer gesperrt gehalten. In Nordamerika wurde für Schiffe, die Einwanderer im Zwischendeck führten, eine allgemeine 20tägige Quarantäne angeordnet. Die Landung der Kajüten-Passagiere und derjenigen Zwischendeck-Passagiere, welche amerikanische Bürger waren, solcher Reisenden, die früher dort gelebt hatten oder in Geschäftsangelegenheiten oder zum Vergnügen reisten, blieb dagegen gestattet. In Folge dieser Maßregel wurden nach Wiederaufnahme des Zwischendeckverkehrs nur noch amerikanische Bürger mit ihren Angehörigen, so wie Touristen und Geschäftsreisende als Zwischendeck-Passagiere für Nordamerika angenommen. Mit dem 1. Januar dieses Jahres ist indessen der Zwischendeckverkehr zwischen Deutschland und Nordamerika wiederum gänzlich eingestellt. Es haben nämlich die nach nordamerikanischen Häfen Auswanderer befördernden deutschen Dampferlinien mit anderen Linien des Kontinents eine Vereinbarung getroffen, durch welche die Ueberfahrtspreise geregelt und festgesetzt sind und jede Linie nach bestimmtem Verhältniß Antheil an dem eingenommenen Ueberfahrtsgehalte hat. Hierdurch ist die frühere eifersüchtige Konkurrenz, unter der auch die Passagiere zu leiden hatten, beseitigt. Die „Nordatlantische Dampferlinien-Vereinigung“ genannte Vereinigung hat in Folge der Abperrungsmaßregeln der nordamerikanischen Regierung beschlossen, die Beförderung von Zwischendeckpassagieren nach Newyork und Baltimore, sowie auch den Vorverkauf von Zwischendeckkarten, sogen. prepaids, vom 1. Januar 1893 ab bis auf Weiteres ganz einzustellen.“

Militärisches.

Berlin, 21. Febr. Die Mittelstellung, daß in diesem Jahre von den französischen Divisions- und Brigadegenerälen 39 in Folge Erreichung der gesetzlichen Dienstaltersgrenze von 65 bezw. 62 Jahren auscheiden müssen, hat die „Bef. Ztg.“ veranlaßt, die Altersverhältnisse der preussischen Generale nach dem Stande am 1. Januar festzustellen. Von den 5 Armeespektoren ist einer (Gr. Blumenthal) 1810 geboren, einer (Großherzog von Baden) 1826, einer (Prinz Georg von Sachsen) 1832, einer (Prinz Albrecht von Preußen) 1837 und einer (Prinz Leopold von Bayern) 1846 geboren. Die Altersunterschiede sind hier also außerordentlich groß. Von den kommandirenden Generalen stehen acht im Alter von 60—70 Jahren und acht im Alter von 50—60, der älteste, General v. Albedyll, ist 1824 geboren, also 68 Jahre alt. Ein Jahr jünger ist der General Frhr. v. Meerscheidt-Hülffes. Demnächst folgt General Frhr. v. Voß, der 1828 geboren ist, also erst 65 Jahre alt wird. Drei kommandirende Generale sind 1829, zwei 1832, drei 1833, einer 1834, einer 1835 und drei 1836 geboren. Von den Divisionskommandeuren ist nur einer über 60 Jahre alt, derselbe ist 1829 geboren, der nächstälteste ist 1833, drei sind aus 1834, sechs aus 1835, sieben aus 1836 und vier aus 1837, sodaß im Ganzen 22 Divisionskommandeure das 55. Lebensjahr überschritten haben; 1838 sind vier, 1839 vier, 1840 zwei, 1841 einer, 1843 einer (Prinz Friedrich von Hohenzollern) und 1851 einer (Erzprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen) geboren. Unter den Brigadekommandeuren sind nur 25 über 55 Jahre alt. Der älteste ist 1834 geboren, steht also im 59. Lebensjahre; fünf sind aus 1835, acht aus 1836, zehn aus 1837, fünfzehn aus 1838, neunzehn aus 1839, sieben aus 1840, zehn aus 1841 und sieben aus 1842, fünf Brigadekommandeure sind noch nicht 50 Jahre alt, von ihnen sind zwei 1843, zwei 1844 und einer (Erzgroßherzog von Baden) 1857 geboren. Von den Gouverneuren und Kommandanten der Festungen sind nur fünf älter als 60 Jahre, drei von ihnen sind 1831 und zwei 1832 geboren, die übrigen stehen sämtlich zwischen fünfzig und sechzig Jahren, sechs sind aus 1833, zwei aus 1834, fünf aus 1835, zwei aus 1836, drei aus 1837, zwei aus 1838, zwei aus 1839, zwei aus 1840. Unter den Generalen, welche nicht höhere Truppenkommandos haben, sind zwei im Jahre 1829, zwei 1831, zwei 1832, sechs 1833, einer 1834, sechs 1835, vier 1836, zwei 1838, sieben 1839, einer 1840, vier 1841 und vier 1842 geboren. Das Durchschnittsalter der kommandirenden Generale berechnet sich hiernach auf genau 60 Jahre, das der Divisionskommandeure auf 54,9 und das der Brigadekommandeure auf 52,6, das der Gouverneure und Kommandanten auf 57,0 und das der übrigen Generale auf 56,7 Jahre.

lokales.

Posen, 23. Februar.

p. Die Warthe ist über Nacht um weitere 12 cm gestiegen. Der Pegel an der Wallfisch-Brücke zeigte heute Morgen einen Wasserstand von 3,40 Meter gegen 3,28 gestern Abend. Glücklicher Weise ist jetzt wieder Frost eingetreten, doch wird derselbe für die nächsten Tage wohl kaum auf das Hochwasser von Einfluß sein. Aus Pogorzelle wird fort-

gesetzt starkes Anwachsen des Wassers gemeldet, so daß auch wir für morgen und übermorgen eine Zunahme desselben zu erwarten haben. Die Warthe bleibt noch immer fast eisfrei.

Telegraphische Nachrichten.

Strasburg i. G., 22. Febr. Der Landesausschuß hat den Zuschuß zur Herstellung einer vollspurigen Eisenbahn von Wingen über Weisenthal nach Münzthal (St. Souls), welchen die Kommission des Reichstages abgelehnt hatte, in zweiter Lesung einstimmig bewilligt.

Lübeck, 22. Febr. Der herrschende Nordoststurm verbunden mit bestigen Schneetreiben drängt das Wasser der Ostsee in die Trave, so daß sich der Wasserstand des Flusses fortwährend erhöht. Kanonenschiffe warnen die Bevölkerung vor der drohenden Ueberschwemmungsgefahr.

Franzbrunnen, 22. Febr. Das hiesige Amtsgericht hat sämtliche Eisenbahn-Angestellten, welche angeklagt waren, in fahrlässiger Weise das Eisenbahnunglück bei Zollikofen am 16. August 1891 verursacht zu haben, freigesprochen.

Kopenhagen, 22. Febr. Der große Belt ist heute eisfrei. Von Gjedser ist wegen Sturmes auf See heute kein Schiff abgegangen.

Rom, 21. Febr. [Deputirtenkammer.] Der Minister des Auswärtigen, Orin, erklärte, er habe seinen am Sonnabend gemachten Ausführungen auf die Anfrage Barzilai's, betreffend die Vorgänge bei der Generalversammlung der Wiener Michaelsbruderschaft, nichts hinzuzufügen; er könne die bezügliche Interpellation Barzilai's nicht annehmen. Barzilai drückte sein Bedauern über diese Erklärung des Ministers aus, betonte jedoch, daß er augenblicklich nicht an die Kammer appelliren wolle. Damit ist der Zwischenfall geschlossen.

Rom, 22. Febr. [Deputirtenkammer.] Der Sitzungssaal und die Tribünen waren wegen der auf der Tagesordnung stehenden Berathung über die Anfragen der Deputirten Colojanni, Demartino, Costa und Gabazzi betreffend die Unterredung Crispi's mit dem Direktor des „Fanfulla“ überfüllt. Die Opposition suchte die von Crispi bei seiner Unterredung mit dem Direktor des „Fanfulla“ abgegebene Erklärung als mit den Erklärungen Giolitti's bei Gelegenheit der Berathung über die Vantenfrage im Widerspruch stehend darzustellen. Außer dem Ministerpräsidenten Giolitti und den Deputirten, welche die Anfragen gestellt hatten, nahmen Crispi und mehrere andere Deputirte zur Abgabe vorwiegend persönlicher Erklärungen das Wort. Die Sitzung war ziemlich bewegt, die Berathung schloß aber, ohne daß es zu irgend einem Beschlusse kam.

Rom, 22. Febr. Der Papst empfing heute den französischen Botschafter Lesebvre de Behatne, der als außerordentlicher Abgesandter die Glückwünsche des Präsidenten Carnot und der französischen Regierung überbrachte. Der Empfang der Pilger aus Ungarn, Argentinien und Uruguay wurde wegen einer leichten Erkältung des Papstes verschoben.

Paris, 22. Febr. Einer Depesche des französischen Botschafters Arago in Genf zufolge hat die schweizerische Bundesregierung sich mißbilligend über die dem Präsidenten Carnot in dem Baseler Karnevalszuge zugefügte Beleidigung ausgesprochen. Die Regierung sei bereit, deshalb die ihr rechtlich zustehenden Mittel zur Anwendung zu bringen und Frankreich Genugthuung zu geben.

Paris, 22. Febr. Das Schiedsgericht zur Entscheidung der Frage über Fischereiberechtigung im Bebringsmeer tritt morgen im Ministerium des Auswärtigen zur ersten Sitzung zusammen. Dasselbe wird sich, wie es heißt, auf einen Monat vertagen, um seine Informationen und Schriftstücke zu vervollständigen.

Paris, 22. Febr. Die vier republikanischen Gruppen des Senats hielten heute Nachmittag eine gemeinsame Sitzung behufs Nominirung eines Kandidaten für den Posten des ersten Senats-Präsidenten ab. Im letzten Skrutinium erhielten von 151 abgegebenen Stimmen Jules Ferry 87, Magnin 53, Challemel-Lacour 7 und Jules Simon 2.

Marseille, 21. Febr. Der hiesige Munizipalrath richtete in der Erwägung, daß keine Epidemie in Marseille existire, an die Regierung das Verlangen, die auswärtigen Mächte um Aufhebung der gegen die Provenienzen aus Marseille angeordneten Quarantänen zu ersuchen.

Lissabon, 22. Febr. Das neue Ministerium hat sich heute konstituirte und ist, wie folgt, zusammengesetzt: Pinke Ribeiro Präsident und Auswärtiges, Franco Castello Branco Inneres, Antonio Azevedo Justiz, Oberst Pimentel Pinto Krieg, Fuschini Finanzen, Neves Ferreira Marine und Bernardino Machado Arbeiten. Die Minister werden morgen ihr Programm den Cortes vorlegen.

London, 22. Febr. [Unterhaus.] In der heutigen Sitzung wurde die Bill betreffend die Ausdehnung der Arbeiterzüge auf den Londoner Eisenbahnen mittelst Einführung einer Art von Zonenhystem und die Regierungsvorlage betreffend die Arbeitsstunden der Eisenbahnbeamten in zweiter Lesung angenommen.

London, 22. Febr. Bei der in Northmeath (Irland) stattgehabten Wahl für das Unterhaus wurde an Stelle des Nationalisten Davitt, dessen Wahl wegen Beeinflussung der Wähler durch die Geistlichkeit für ungültig erklärt worden war, der Nationalist Gibney mit 2635 Stimmen gegen den Parzelliten Mahony gewählt, der 2376 Stimmen erhielt.

Belfast, 22. Febr. Die Große Orangisten-Voge veröffentlichte eine Kundgebung, in welcher verlangt wird, daß Irland entweder vollständig mit England vereint oder vollständig unabhängig sei. Der von Gladstone vorgeschlagenen Bill hingegen müsse entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden.

London, 22. Febr. Nach einer bei Loyds eingegangenen Depesche aus Sierra Leone von heute ist der britisch-afrikanische Dampfer „Coanza“ aus Hamburg auf dem Baiyah-Felsen gestrandet und total verloren. Einige Passagiere und die Mannschaft sind gerettet, die übrigen werden vermisst.

Athen, 22. Febr. In Sparta, Kalamata und auf der Insel Zante fanden in vergangener Nacht wiederholt Erdstöße statt, welche die Bevölkerung sehr heunruhigten.

Newyork, 21. Febr. Prinzessin Kilauani, die Nichte der bisherigen Königin Liliuokalani richtete eine Petition an

das amerikanische Volk, in welcher sie gegen die Vererbung ihres Rechts auf die Thronfolge in Hawaii protestirt.

Rom, 23. Febr. Wegen Verdachtes der Mitschuld an der in den letzten Tagen vorgekommenen Petarde-Explosion wurden 20 Anarchisten verhaftet. Bei einem derselben wurde eine Petarde derselben Konstruktion, wie die kürzlich in der Ravourstraße explodirte, beschlagnahmt.

Marktberichte.

Breslau, 22. Febr. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Pfl. —. Gefündigt — 3/4, abgelaufene Ründigungscheine —, p. Febr. 133,00 Br., April-Mai 135,00 Br. Mat-Juni 138,00 Br., Juni-Juli 139,00 Br. Safer (p. 1000 Pfl.) p. Febr. 133,00 Gd. Rüböl (p. 100 Pfl.) p. Febr. 55,00 Br. April-Mai 55,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faß: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefündigt — Liter, abgelaufene Ründigungscheine —, p. Febr. 50er 50,8) Co. Febr. 70er 31,3. Gd. April-Mai 32,70 Gd. Zink. Ohne Umsaß. Die Börsenkommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Tem. t. Cels. Grad.
2 Nachm. 2	732,8	NO stark	bedeckt	- 1,2
22. Abends 9	734,3	NO stark	bedeckt	- 4,3
23. Morgs. 7	737,3	NO mäßig	bedeckt	- 7,0

1) Von 4^{1/2} Uhr an Schnee. 2) Nacht Schnee.
Am 22. Febr. Wärme-Maximum + 3,6° Cels.
Am 22. „ Wärme-Minimum - 4,3° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 22. Febr. Morgens 3,12 Meter
" " 21. " Mittags 3,22 " "
" " 23. " Morgens 3,38 "

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 22. Febr. (Schlußkurse.) Gedrückt. Neue 3proz. Reichsanleihe 87,85, 3^{1/2}proz. 2. Pfandbr. 99,00, Konf. Türken 22,10, Tür. Loose 94,50, 4proz. ung. Goldrente 98,00, Bresl. Diskontobank 97,40, Breslauer Wechselbank 98,00, Kreditaktien 179,10, Schles. Bankverein 115,00, Donnerstagsbörse 89,50, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 123,00, Oberschles. Eisenbahn 54,40, Oberschles. Portland-Zement 72,00, Schles. Cement 127,00, Doppelzement 92,50, Schl. D. Zement —, Kramsta 139,25, Schles. Zinkaktien —, Laurahütte 103,15, Vereth. Delfabr. 92,50, Desterreich. Banknoten 168,75, Russ. Banknoten 216,25, Gieseler Cement 78,75, 4proz. Ungarische Kronenrente 94,80.

Frankfurt a. M., 22. Febr. (Schlußkurse.) Schwächer.

Vond. Wechsel 20,45, 3proz. Reichsanleihe 87,85, österr. Silberrente 83,20, 4^{1/2}proz. Papierrente 83,20, do. 4proz. Goldrente 99,31, 1860er Loose 128,90, 4proz. ung. Goldrente 97,60, Italiener 93,21, 1880er Russen —, 3. Orientanl. 70,20, unifiz. Egypter 100,60, lomb. Türken 22,05, 4proz. türk. Anl. —, 3proz. port. Anl. 21,10, 5proz. serb. Rente 80,80, 5proz. amort. Rumänier 98,50, 6proz. Konf. Mexik. 83,10, Böhm. Westbahn 309^{1/2}, Böhm. Nordb. 164^{1/2}, Franzosen —, Baltzer —, Gotthardbahn 153,90, Lombarden 89^{1/2}, Lübeck-Büchen 137,0, Nordwestbahn —, Kreditaktien 277^{1/2}, Darmstädter 136,90, Mittelb. Kredit 98,00, Reichsb. 150,20, Disk.-Kommandit 188,20, Dresdner Bank 149,70, Harter Wechsel 81,133, Wiener Wechsel 168,57, serbische Tabakrente 80,10, Voacum. Gußstahl 133,60, Dortmund. Union 64,00, Sarpener Bergwerk 137,70, Sibiriana 117,60, 4proz. Spanier 63,20, Wäntzer 111,40, Berliner Handelsgesellschaft 145,70, Kronenrente 94,80.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 277^{1/2}, Disk.-Kommandit 188,20, Laurahütte —.

Wien, 22. Febr. (Schlußkurse.) Nach vorübergehender Abschwächung in Folge Budapestser Abgaben schließlich auf Berlin besichtigt. Dester. 4^{1/2}proz. Papierrent. 99,20, do. 5proz. —, do. Silberrent. 98,80, do. Goldrente 118,50, 4proz. ung. Goldrente 115,95, 5proz. do. Papierrent. —, Länderbank 240,00, österr. Kreditakt. 331,00, ungar. Kreditaktien 293,00, Wien. St.-B. 125,50, Elbethalbahn 237,00, Galizier 220,00, Lemberg-Gernowits —, Lombarden 104,40, Nordwestbahn 218,00, Tabakakt. 176,75, Napoleons 9,64^{1/2}, Marktnoten 59,37^{1/2}, Russ. Banknoten 1,27^{1/2}, Silbercoupons 100, Bulg. Anleihe 113,25.

Dester. Kronenrente 97,00, Ungar. Kronenrente 95,40.

Paris, 22. Febr. (Schlußkurse.) Träge.

3proz. amort. Rente 98,40, 4proz. Rente 98,05, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 92,67^{1/2}, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 97,03, 3. Orient-Anl. 70,47^{1/2}, 4proz. Russen 1889 98,50, 4proz. Egypter —, lomb. Türken 22,37^{1/2}, Türken 93,30, Lombarden 240,00, do. Priorit. —, Banque Ottomane 592,00, Panama 5proz. Obligat. —, Rio Tinto 388,10, Tab. Ottom. 375,00, Neue 3proz. Rente —, 3proz. Portugiesen 20^{1/2}, 4proz. Russen 78,77^{1/2}, Privatdiskont 1^{1/2}.

London, 22. Febr. (Schlußkurse.) Rußig.

Engl. 2^{1/2}proz. Consols 98^{11/16}, Breun 4proz. Consols 106,00, Italien. 5proz. Rente 92^{1/2}, Lombarden 9^{1/2}, 4proz. 1889 Russen II. Serie 99^{1/2}, lomb. Türken 22^{1/2}, österr. Silber 81, österr. Goldrente 99, 4proz. ungar. Goldrente 96^{1/2}, 4proz. Spanier 62^{1/2}, 3^{1/2}proz. Egypter 94^{1/2}, 4proz. unifiz. Egypter 99^{1/2}, 4proz. gar. Egypter —, 4^{1/2}proz. Tribut-Anl. 98^{1/2}, 6proz. Mexitaner 83^{1/2}, Ottomanebant 13^{1/2}, Suezaktien —, Canada Pacific 86^{1/2}, De Beers neue 18^{1/2}, Blaublond 2, Silber 38^{1/2}.

Petersburg, 22. Febr. Wechsel auf London 94,30 à 94,50, Russ. II. Orientanl. 103, do. III. Orientanl. 105, do. Bank für ausw. Handel 234, Petersburger Diskontobank 484, Warschauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 441, Russ. 4^{1/2}proz. Bodencreditpandbriefe 151^{1/2}, Gr. Russ. Eisenbahn 247, Russ. Südwestbahn-Aktien 116.

Rio de Janeiro, 21. Febr. Wechsel auf London 13^{1/2}.

Produkten-Kurse.

Köln, 22. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,50, do. fremder loco 17,75, per März 16,50, per Mai 16,80, Roggen hiesiger loco 15,00, fremder loco 16,75, per März 14,10, per Mai 14,35. Safer hiesiger loco 14,75, fremder —, Rüböl loco 56,50 per Mai 55,10, per Okt. 55,10. Wetter: Regnerisch.
Bremen, 22. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fabrikfrei. Fest, aber ruhig. loco 5,25.
Baumwolle. Stettin. Upland middl. loco 48^{1/2} Pf., Upland B. is middl. nichts unter low middl., auf Le. minileferung per Febr. 47^{1/2} Pf., v. März 47^{1/2} Pf., v. April 48 Pf., v. Mai 48^{1/2} Pf., v. Juni 48^{1/2} Pf., v. Juli 48^{1/2} Pf.
Schmalz. Ruhig. Schafer — Pf., Wilcox 60^{1/2} Pf., Choice Grocery 60^{1/2} Pf., Armour 60^{1/2} Pf., Kobe u. Brothier (pure) — Pf., Fairbanks 54 Pf., Cudahy 60^{1/2}.

Spek. Rubig. Loco Short clair middl. 51. Woll. Umsatz 84 Ballen. Tabak. Umsatz: 359 Seronen Carmen, 250 Baden St. Felix. Bremen, 22. Febr. (Kurse des Kaffee- und Pfeffer-Bereins 5 Broz. Nord. W. Kammerei- und Kamgarn- u. Spinneret-Aktien 160 Br., 5 Broz. Nord. Lloyd-Aktien 113 1/2 Gd.)

Glasgow, 22. Febr. Roheten (Schluß) Mixed numbers warrants 41 sh. 6 d. Käufer, 43 sh. 6 d. Verkäufer. Liverpool, 22. Febr., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 B. Amerikaner stetig, Surats rubig, Brasilianer 1/2 höher.

zogen um 1/2 M. an. In Hafer war der Umsatz gering bei gut behaupteten Preisen. Auch Roggen mehl konnte sich bei stillem Geschäft behaupten. Rüböl war auf höhere Pariser Preise lebhaft und zogen um 60-70 Pf. an. Für Spiritus zeigte sich loco weniger Kaufkraft, so daß die Preise um 30 Pf. wichen und die Zufuhr nicht ganz geräumt wurde. Termine waren unter kleinen Schwankungen wenig verändert.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Dol. = 4 1/2 M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franco oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Table with columns for bank discounts (Bank-Diskonto), gold and banknotes (Geld, Banknoten u. Coupons), and German state funds (Deutsche Fonds u. Staatspap.).

Table with columns for foreign funds (Ausländische Fonds), iron and steel stocks (Eisenbahn-Stamm-Aktien), iron and steel bonds (Eisenbahn-Stamm-Priorität), iron and steel bonds (Eisenbahn-Prioritäts-Obligat.), and mortgage certificates (Hypotheken-Certifikate).

Table with columns for bank papers (Bankpapiere) and industrial papers (Industrie-Papiere).